

RP+ Pläne für weiteren Salzabbau am linken Niederrhein

Kommunen suchen im Gespräch mit K+S eine Lösung

Xanten/Rheinberg/Alpen · K+S will zwischen Rheinberg, Xanten und Alpen weitere Gebiete für den Salz-Abbau erschließen. Die Kommunen sehen in den Plänen erhebliche Risiken. Sie suchen im Gespräch mit dem Konzern nach einer Lösung.

14.01.2025 , 17:55 Uhr · 4 Minuten Lesezeit



Salzabbau am Niederrhein: Die Kommunen wollen erreichen, dass die Auswirkungen auf das besiedelte Gebiet möglichst beschränkt werden.

Foto: Armin Fischer (arfi)



Von **Markus Werning**

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.

Wegen der geplanten Erweiterung des Salzabbaus am linken Niederrhein führen Vertreter der betroffenen Kommunen Gespräche mit dem Bergbau-Betreiber K+S. Wie beide Seiten bestätigten, hat es vor Weihnachten einen ersten Termin dafür gegeben. Es sei ein „gutes, konstruktives Gespräch“ gewesen, sagte Xantens Bürgermeister Thomas Görtz auf Anfrage unserer Redaktion. Die Kommunen hätten ihre Sorgen und Fragen deutlich formuliert. Für Ende Januar sei ein weiteres Gespräch vereinbart worden. Wegen des laufenden Austauschs zwischen beiden Seiten machte er keine weiteren Angaben dazu.

K+S teilte auf Anfrage mit, dass die Kommunen im Oktober in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zum weiteren Salzabbau einen kurzfristigen Dialog mit dem Bergbau-Unternehmen angeregt hätten und dass K+S dieses Anliegen „gerne aufgegriffen“ habe. Vonseiten des Konzerns hätten Werkleiter Laurens Mulder sowie weitere leitende Mitarbeiter des Werks in Borth und von K+S an dem Gespräch Mitte Dezember teilgenommen. Das Unternehmen betonte in der Mitteilung an unsere Redaktion, dass es „die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst nimmt“ und dass ihm „Transparenz ein großes Anliegen“ sei. Das habe K+S durch eine Vielzahl an Gesprächsangeboten und Infoveranstaltungen in der Vergangenheit in der Region Xanten/Rheinberg/Alpen/Sonsbeck schon gezeigt. „Wir begrüßen den Austausch mit den kommunalen Vertretern und sehen diesen als Chance, offene Fragen zu den Abbauplänen von K+S in der Region zu beantworten und eingehend zu erläutern.“

In NRW das einzige Steinsalzbergwerk

Hintergrund Wie K+S erklärt, baut das Steinsalzwerk Borth seit 1925 unter Tage Steinsalz aus einer Lagerstätte zwischen Wesel und Xanten ab. Aus dem Steinsalz werden Industrie- und Gewerbesalze, Speisesalze, Pharmawirkstoffe und Auftaumittel hergestellt. Borth ist das einzige Steinsalzbergwerk in NRW, es gehört zum Konzern K+S und hat rund 350 Mitarbeiter. K+S informiert auf seiner Homepage über die Abbaupläne: www.kpluss.com. Auch die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW informiert darüber: www.salzbergbaugeschaedigte.de.

K+S betreibt das Bergwerk in Rheinbergs Ortsteil Borth, in dem seit rund 100 Jahren unterirdisch Salz abgebaut wird. Der Konzern will zwischen Xanten, Alpen und Rheinberg weitere Gebiete für den unterirdischen Abbau von Steinsalz erschließen. Bei der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg hat das Unternehmen deshalb einen neuen Rahmenbetriebsplan für das Steinsalzbergwerk und die Saline Borth gestellt.

RP+ Salzabbau am Niederrhein

Kommunen richten „dringenden Aufruf“ an den Bundeswirtschaftsminister

Wirtschaftsstandort Niederrhein

Salzbergwerk bekräftigt Willen zum Dialog

Die Städte Rheinberg und Xanten, die Gemeinden Alpen und Sonsbeck sowie der Kreis Wesel sehen aber in der geplanten Erweiterung des Salzbergbaus am linken Niederrhein „wesentliche Risiken“, wie sie im vergangenen Oktober in einem „dringenden Aufruf“ an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) schrieben. Die Kommunen machten in dem Schreiben deutlich: Wenn von Unternehmerseite nicht eingelenkt werde, sähen sie sich gezwungen,

gegen die geplante Erweiterung des Salzbergbaus am linken Niederrhein zu klagen. „Um diese Situation zu vermeiden und sowohl den berechtigten Interessen des Unternehmens, als auch den Belangen der Bevölkerung und Umwelt Rechnung zu tragen“, würden sie den Bundeswirtschaftsminister „um seine persönliche Unterstützung“ bitten, um in einem „konstruktiven Austausch“ mit dem Bergbauunternehmen „die zahlreichen offenen Fragen“ zu klären und um „unzumutbare Schäden“ zu vermeiden“.

In der Xantener Ratssitzung im Dezember erkundigte sich Claudia Kerkhoff von der Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten in der öffentlichen Bürgerfragestunde danach. Der Technische Dezernent der Stadt, Niklas Franke, erklärte, dass die Kommunen das Gespräch mit K+S suchten, um einen Rechtsstreit zu vermeiden. „Die Initiative ging von uns aus“, sagte Niklas Franke. Die Kommunen würden im Gespräch mit K+S ausloten wollen, ob das Unternehmen bereit sei, seine Pläne für eine Erweiterung des Salzabbaus am Niederrhein zu überarbeiten. „Damit die Auswirkungen auf das besiedelte Gebiet möglichst beschränkt werden“, erklärte der Technische Dezernent. Deshalb würden die Kommunen noch nicht von einem Klageverfahren absehen. Die Vorbereitungen, um später rechtliche Schritte einzuleiten, würden parallel weiterlaufen. Denn damit sei zumindest die Stadt Xanten vom Stadtrat beauftragt worden. Die Gespräche zwischen den Kommunen und K+S seien aber „ein zweiter Ansatz“, um vielleicht zu einer Lösung zu kommen.

(wer side)

RP+

Persönlichen Link kopieren und diesen Artikel mit bis zu 10 Freunden teilen



Link kopieren